



MITGLIEDERVERSAMMLUNG VOM 25. AUGUST 2016 PROTOKOLL

Ort: Volkshaus Zürich, Gelber Saal
Anwesend: 25 Mitglieder
Sitzungsleitung: Marionna Schlatter
Protokoll: Nadine Berthel

1. Begrüssung

Marionna begrüsst die Anwesenden.

2. Wahl der StimmenzählerInnen

Urs Dietschi wird als Stimmenzähler ernannt.

3. Traktanden

Die Traktandenliste wird ohne Ergänzungen genehmigt.

4. Protokoll der Mitgliederversammlung vom 18. Januar 2016

Das Protokoll wird ohne Änderungen genehmigt.

5. Mitteilungen

Partei & Vorstand

Wir sind im Kampagnenmodus: Die Kampagne für die Initiative Grüne Wirtschaft ist in Schwung gekommen. Zudem stecken wir in den Vorbereitungen für die Atomausstiegsinitiative und für die Kulturlandinitiative, welche beide im November zur Abstimmung kommen.

Die Vorstandssitzung hat in der letzten Woche der Sommerferien stattgefunden (16.8). Dies war notwendig wegen der Delegiertenversammlung der Grünen Schweiz am darauffolgenden Samstag (20.8). Das Datum war sehr unglücklich gewählt. Es konnten nur wenig Vorstandsmitglieder teilnehmen. In Zukunft finden keine Sitzungen mehr während der Sommerferien statt.

Kantonsratsfraktion

Es gibt zwei Wechsel in der Fraktion:

Ralf Margreiter im September aus dem Kantonsrat zurück. Silvia Rigoni wird seine Nachfolgerin

Maria Rohweder tritt ab den Herbstferien aus dem Kantonsrat zurück. Thomas Forrer wird ihr Nachfolger.

Wichtiges Thema im Kantonsrat ist derzeit die geplante Privatisierung des Kantonsspitals Winterthur.

Nationalratsfraktion

Keine

Junge Grüne

Wir sind jeden Abend am Unterschriftensammeln und am Beglaubigen für die Zersiedlungsinitiative.

Die Jungen Grünen haben am 28. August Mitgliederversammlung. Meret Schneider wird als Präsidentin zurücktreten. Meriel Thierer und Julian Croci treten zur Wahl für das neue Co-Präsidium an. Julian Croci ist bei uns Grünen Kanton ZH in der GL. Wir können uns daher auf einen optimalen Informationsfluss mit den Jungen Grünen freuen.

Danke Ulla

Ulla Blume wird als Geschäftsführerin gebührend verdankt.

6. Abstimmungsparen 25. September 2016

- a) Volksinitiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)»: Bastien Girod

Am 25. September werden wir Geschichte schreiben.

Im Vorfeld des Abstimmungskampfes haben wir eine **repräsentative Umfrage** gemacht. Die Umfrage hat gezeigt, dass eine Mehrheit der Bevölkerung den Zielen der Initiative zustimmt. Zudem besteht ein breiter Konsens, dass politische Massnahmen im Umweltschutz notwendig sind. Umweltthemen sind immer noch sehr wichtig für die Bevölkerung. Wir haben bei den vergangenen Wahlen verloren, weil andere Themen dominiert haben.

Die Initiative ist moderat. Wenn wir eine 100% Kreislaufwirtschaft erreicht haben, ist Sparsamkeit und Verzicht gar nicht mehr notwendig. Ein Baum blüht schliesslich im Frühling auch in voller Kraft und ohne Anzeichen von Sparsamkeit. Wir brauchen den technologischen Wandel. Heute kann man warm duschen ohne einen grossen Fussabdruck zu hinterlassen. Das war 1950 mit den alten Erdölheizungen nicht möglich. Hier müssen wir ansetzen.

Wie kommt es dann, dass die Gegner sagen, die Initiative sei zu extrem? Es wurde in der viel zitierten Studie ein falsches Mass benutzt. Statt des vom Initiativtext geforderten ökologischen Fussabdruckes wird eine viel strengere Methode (Umweltbelastungspunkte), verwendet. Das einzige Argument des Bundesrates ist, dass die Studie im angegebenen Zeitraum (bis 2050) nicht umsetzbar ist. Unsere grösste Herausforderung im Abstimmungskampf wird sein zu zeigen, dass die Gegner der Initiative zu extrem argumentieren, wohingegen die Initiative moderat ist.

Auch IKEA sagt ja zur Initiative. IKEA hat die Ziele der Initiative bereits vollständig in den eigenen Nachhaltigkeitszielen integriert. IKEA wird nun von den Initiativgegnern kritisiert, dass sie die Initiative unterstützen. Wir sind nun in der kuriosen Situation, dass wir IKEA verteidigen müssen. Es müsste den Gegnern wirklich zu denken geben, dass sogar IKEA die Ziele der Initiative erreichen will und kann.

Kampagnenendspurt: Der Letzte und der Entscheidende Punkt für den Erfolg der Initiative ist unsere Kampagne: Morgen wird die zweite Tamedia-Umfrage veröffentlicht werden. Sie wird sicherlich weniger gut ausfallen als die gfs-Umfrage. Aber bereits die Gentech-Kampagne hat gezeigt, dass eine gute Kampagne das Ergebnis kehren kann.

Es bleibt David gegen Goliath – Deshalb ist unser Engagement von jetzt an bis zum 25.8 entscheidend! Wir können am 25.8. Geschichte schreiben.

Kampagne <https://esgeht.org/> Warmduschertag am 29.8.

<http://fuerdich.org/> Bitte macht Fotos und ladet eure Postkarten hoch!

b) Referendum Nachrichtendienstgesetz (NDG): Viktor Györfy

Es ist nicht möglich einen Nachrichtendienst wirklich im Zaun zu halten. Es handelt sich bei dieser Abstimmung um ein sehr Grundlegendes Thema, dass uns in den kommenden Jahren noch häufig beschäftigen wird. Ich fokussiere in dieser Präsentation rein auf das neue Nachrichtendienstgesetz.

Die einschneidendsten Punkte des NDG:

- Lauschangriff ('genehmigungspflichtige Beschaffungsmassnahmen')
- Kabelaufklärung
- Datenaustausch und Zusammenarbeit mit fremden Diensten
- Spitzel ('menschliche Quellen')
- Geheimdienst als parallele Vorermittlungsbehörde
- Chaotische und intransparente Datensammlung ('nachrichtendienstliche Informationssysteme')
- Fehlendes Auskunftsrecht (faktisch)
- Organisationsverbot
- Mangelnde Aufsicht

Von einem Richter zu genehmigende Massnahmen:

- Überwachung Post- und Fernmeldeverkehr nach dem BÜPF, inkl. Vorratsdaten
- Überwachungsgeräte (Wanzen, Kameras...)
- Staatstrojaner

Kontrolle? Der Geheimdienst wird die Vermutungen so präsentieren, dass die notwendigen Punkte enthalten sind. Die betroffene Person ist in diesem Prozess nicht involviert. Es handelt sich bei der richterlichen Genehmigung daher um eine reine Alibiübung.

Staatstrojaner: Hier muss man sich bewusst sein, wie einschneidend der Einsatz von Staatstrojanern ist. Wir haben ganz viele Daten auf unseren Rechnern. Diese Daten reichen bis in die Intimsphäre. Überall dort kann der Trojaner zugreifen. Man muss sich auch darüber bewusst sein, dass der Einsatz von Staatstrojanern das ganze System anfälliger macht. Der Staatstrojaner muss ja Lücken finden um in das System einzudringen und Daten heraus zu schleusen. Dadurch entsteht das Risiko, dass Dritte die Lücken nutzen.

Kabelaufklärung («Mini-NSA»): Im Gesetz steht, dass die Nutzung der Daten nicht zulässig ist, wenn Sender und der Empfänger im Inland sind. Bloss ist diese Einschränkung aus ausländische Daten technisch gar nicht umsetzbar. Oftmals lässt sich auch gar nicht eruieren, ob der Sender und der Empfänger in der Schweiz ist. Durch diesen Gesetzesartikel darf man sich nicht beruhigen lassen.

Grundrechtseingriffe:

- Unsere Privatsphäre ist tangiert
- Es wird vorsorglich alles überwacht, selbst wenn die Daten am Ende nicht verwendet werden.
- Heute haben wir sehr viele Daten im Internet und wir kommunizieren sehr viel im Internet. Durch die Überwachung kann man sehr viel über eine Person herausfinden.
- Google / Personalisierte Werbung etc.

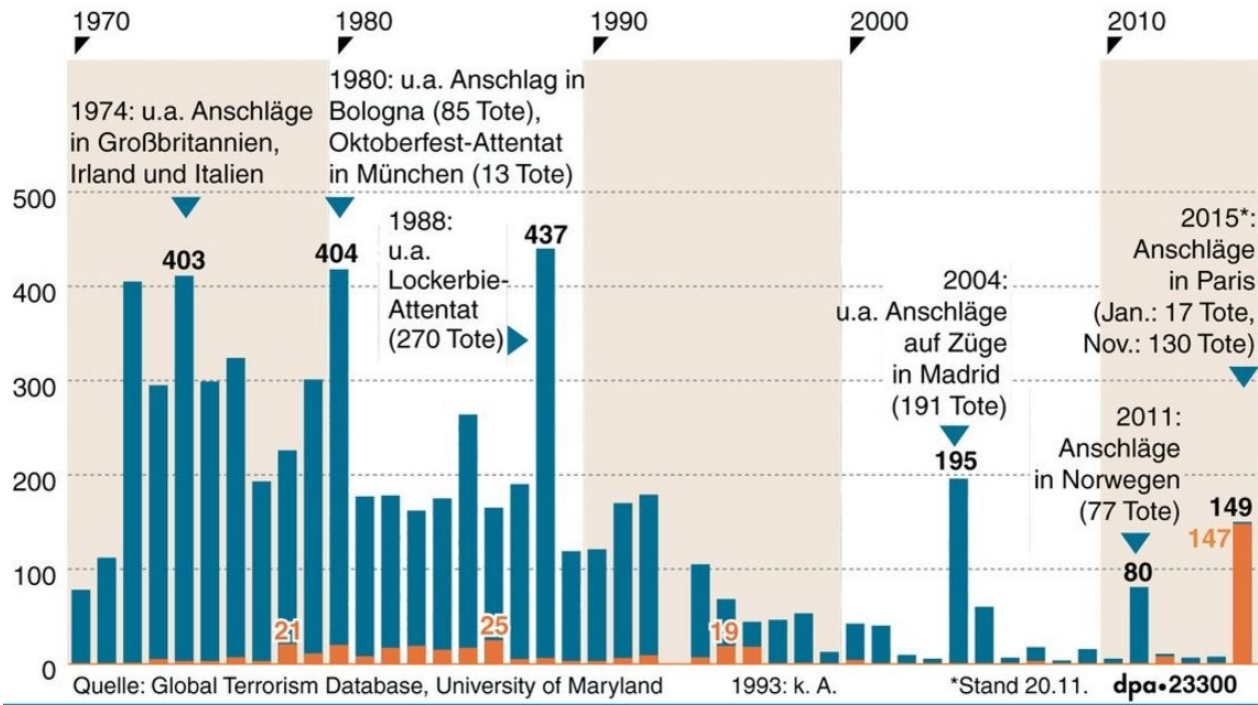
Es kann nicht sein, dass wir alle überwacht werden, obwohl die allermeisten von uns nie einen Anlass dazu gegen haben.

Und was soll das alles bringen? Sicherheit? *«Das Nachrichtendienstgesetz bringt die Online-Generalüberwachung aller Schweizer. Auch ohne Anfangsverdacht. Aber ein grösserer Heuhaufen macht es schwieriger, die Nadel im Heuhaufen zu finden!»* (Balthasar Glättli).

Häufig sind die Daten in Strafprozessen gar nicht verwertbar, da die Daten nicht nach strafprozessordentlichen Grundsätzen gewonnen worden sind. Es besteht dadurch das reale Risiko, dass wir an Sicherheit/Möglichkeit jemanden zu belangen verlieren.

Opfer von Terroranschlägen in Westeuropa

■ bei terroristischen Anschlägen getötete Menschen ■ darunter in Frankreich



Terrorismus und Todesfälle durch terroristische Anschläge haben in den vergangenen Jahren nicht zugenommen

Wenn wir uns nicht wehren ist zu befürchten, dass die Überwachung immer mehr zunehmen wird.

Kurt Tucholsky: «Freiheit stirbt mit Sicherheit»

Fragen und Antworten:

Hans: Man interveniert nur beim Staat. Nicht bei den privaten Datensammlern (Google etc.). Bei den privaten Datensammlern gibt es keinen Widerstand. Warum nicht?

Viktor: Es entspricht nicht meiner Wahrnehmung, dass es gegen die privaten Datensammler keinen Widerstand gibt. Es ist aber sicherlich noch einiges an Arbeit zu tun gegen die grossen Datensammler. Es fragt sich noch was die richtigen juristischen Massnahmen sind.

Silvia: Ich höre immer, dass die Überwachung nicht mehr Sicherheit bringt. Wie kann das sein? Die denken sich doch auch etwas dabei.

Viktor: Die Datenschützer kommen aus einer ganz speziellen Logik heraus. Die wollen immer Daten sammeln. Es bleibt fraglich, ob dadurch wirklich mehr Sicherheit erreicht werden kann. Die andere Frage ist, was für ein Schaden dabei angerichtet wird.

Andreas: Kannst du den Zusammenhang zwischen dem Organisationsverbot und diesem Gesetz ausführen?

Viktor: Das Organisationsverbot ist ganz heikel. Ist die PKK eine terroristische Organisation? Da ist man sich weltweit nicht einig. Es ist nicht vorhersehbar, was passieren wird.

Karin: Ich teile deine Argumentation, dass wir mit dem NDG nicht mehr Sicherheit erreichen und dass der Preis zu hoch ist. Das Bedürfnis nach moderner Verbrechensbekämpfung finde ich aber schon gerechtfertigt.

Viktor: Es kommt immer auf die technischen Möglichkeiten an.

Kerstin: Es ist ja eine gewisse Grundangst da. Deckt man die notwendigen Massnahmen zur Verbrechensprävention bereits ab.

Viktor: Ich denke schon, dass das bereits gut abgedeckt ist. Es gibt aber eine Reihe von anderen gesellschaftlichen Fragen, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen. Was machen wir zum Beispiel mit den Dschihad-Rückkehrern. Wir müssen uns alle selber an die Nase fassen und schauen, was wir über uns veröffentlichen.

Marionna: Wenn ich mit meinem Freundeskreis darüber rede, dann ist häufig das Argument, dass der Provider ja ohnehin schon alle Daten hat.

Viktor: Man muss genau hinschauen. Zum Teil hat der Provider die Daten schon. Zum Teil kann er die Daten mitlesen. Wenn man Hotmail oder Google-Mail nutzt ist das sicher ein Thema. Wenn man einen kleinen schweizerischen Provider nutzt, ist das denke ich aber weniger ein Problem.

c) Volksinitiative «AHVplus: für eine starke AHV»: Marionna Schlatter

Wir haben diese Initiative bereits in der Sammelphase unterstützt. Die Delegiertenversammlung hat die Ja-Parole gefasst.

d) Volksinitiative «Bezahlbare Kinderbetreuung für alle»: Karin Fehr

Marionna: Gemäss Statuten kann der Vorstand der Grünen Kanton Zürich mit einer Dreiviertelmehrheit Parolen zu kantonalen Abstimmungsvorlagen fassen. Wird die Dreiviertelmehrheit nicht erreicht oder liegt ein entsprechender Antrag vor, werden die Parolen von der Mitgliederversammlung gefasst. Die Mitgliederversammlung kann mit einem Rückkommensantrag auf die vom Vorstand gefassten Parolen zurückkommen. Für diese Vorlage haben wir die Ja-Parole gefasst.

Input Karin Fehr:

Im Kanton ZH zahlen die Eltern 2/3 der Kinderbetreuung selber. In anderen Kantonen ist dieser Anteil erheblich geringer.

Wie in den Kantonen Waadt, Neuenburg und Freiburg soll auch im Kanton Zürich ein Betreuungsfonds eingerichtet werden. Arbeitgeber und Selbständigerwerbende werden jährlich moderate Beiträge an den Betreuungsfonds entrichten. Der Betreuungsfonds stellt damit sicher, dass künftig alle, die von der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung profitieren – also Eltern, Wirtschaft und Staat – die anfallenden Betreuungskosten gemeinsam tragen.

Die Beiträge sollen von der Familienausgleichskasse eingezogen werden. Das ist ein bestehendes System, das funktioniert. Der bürokratische Aufwand ist daher entgegen der Argumente der Gegner gering.

Warum ein JA?

- Kinder profitieren von einer qualitativ guten Kinderbetreuung
- Eltern können Familie und Beruf einfacher vereinbaren, generieren höhere
- Erwerbseinkommen und höhere Beiträge an Sozialversicherungen
- Firmen erschliessen sich zusätzliche Fachkräfte, können bestehendes
- Personal besser an sich binden und senken dadurch Rekrutierungskosten
- Die öffentliche Hand profitiert von höheren Steuereinnahmen und vermiedene Sozialhilfekosten.
- Investitionen in die Kinderbetreuung sind insgesamt hoch rentabel: jeder investierte Franken
- zahlt sich bis zu sieben Mal aus.

Zusammengefasst: Die Vorlage ist moderat!

Ich danke dem Vorstand, dass er einstimmig die Ja-Parole beschlossen hat.

Ihr könnt euch auf der Website im Unterstützungskomitee eintragen und spenden. Auch diese Initiative braucht Geld!

<http://kinderbetreuung-ja.ch/>

Fragen und Antworten:

Thomas: Konkurrenziert die Initiative vielleicht andere Finanzierungsmodelle? Kommt es da vielleicht nicht nur zu einer Verschiebung?

Karin: Die Initiative schreibt nicht vor wie die Mittel verteilt werden müssen. Man will, dass die Wirtschaft immer ein Drittel der Kosten trägt. Aber ja, wir haben das Risiko, dass die Gemeinden unter Druck geraten und Mittel zu reduzieren (Stichwort Sparübungen Unternehmenssteuerreform III).

7. Varia

Zersiedlungsinitiative

Bitte Sammeln, Sammeln, Sammeln

Es braucht noch Unterschriften.

Marionna: In der Stadt ist das Sammeln mittlerweile mühsam. Viele Menschen haben bereits unterschrieben. Deshalb ist es jetzt besonders wichtig noch in den Dörfern sammeln zu gehen. Auch erreichen wir auf dem Land jetzt noch eine höhere Gültigkeitsquote. Man kann noch sammeln bis allerspätestens Mitte September. Ich wäre sehr froh, wenn die Grünen Kanton ZH ihre Quote, die sie den Jungen Grünen zugesagt haben, erfüllen.

Sitzungsbeginn: 19:30 Uhr

Sitzungsende: 21:10 Uhr